

# Spart uns nicht dumm

Wenn heute das Stadtparlament zum ersten Mal in der neuen Wahlperiode zusammentritt, dann sollte es Beschlüsse zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt fassen. Zum Beispiel könnte

den, Klassenräume mit Lärmschutz versehen werden, Cafeterien und Schulrestaurants gebaut werden sowie feuerpolizeiliche Auflagen ausgeführt werden. Kurz: Schulgebäude würden endlich mal

diese Steuer senken! Dies wird die Stadt bis zu 54 Millionen Euro jährlich kosten. Auf diesen Betrag will man ohne Not verzichten! Was dies für die Schulen bedeutet, das wissen wir jetzt schon! Es ist kein

Geld da, werden sie uns sagen! Schaut her, der Stadtsäckel ist leer! Ja, wir sind arm dran in Frankfurt! Wir haben das Geld, das die Frankfurter Bevölkerung erarbeitet hat (denn nur Betriebe, die ausreichend Gewinne machen, brauchen Gewerbesteuer zu bezahlen!) umgeleitet in die Kassen von einigen wenigen Privatunternehmen! Und jetzt haben wir kein Geld mehr, um die Schulen zu sanieren und zu Orten zu machen, an denen Vernünftig gelernt werden kann.

Aber diese Frankfurter Umverteilungskünstler sind nicht die einzigen: sie haben ein Pendant in Wiesbaden!

Dort sitzt der Obersanierer, der auch die Bundesregierung in Finanzfragen beraten hat: Roland Koch, ausgewiesener Parteispensandalexperte und hessischer Ministerpräsident. Auch Roland Koch und seine rabenschwarze Regierung haben kein Geld für Bildung. Ab dem Schuljahresbeginn im August sollen Hilfslehrer an den Schulen unter-

richten, um dem Unterrichtsausfall zu begegnen. Hilfslehrer, deren Qualifikation keine Rolle mehr spielt. So ähnlich, wie wenn im Krankenhaus die Oberschwester die Herzoperation macht, weil der Chefarzt krank geworden ist. Hilfslehrer sollen die Löcher jetzt stopfen, für die die Landesregierung noch nicht mal die Verantwortung übernimmt. Denn der schwarze Peter für das Gelingen der Aktion wird den Schulleitern zugeschoben.

Wir leben in Notstandszeiten, wird uns gesagt, und eine ausreichende Versorgung mit ausgebildeten Lehrkräften, so wie sie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert, sei nicht finanzierbar.

Liebe Leute, glaubt das nicht, was man euch erzählt. Geld ist genug da, es ist nur falsch verteilt. Unter der Regierung Schröder war so viel Geld da, dass man eine Steuerreform machen konnte, die den Staat 60 bis 80 Mrd. Euro gekostet hat. Die Merkel-Regierung plant schon die nächste Steuerreform: sie wird erneut die Großbetriebe begünstigen: zwischen 10 und 22 Milliarden Euro pro Jahr, je nachdem welches Konzept sich durchsetzt. Seit 1997 verzichten die Länder darauf, ein verfassungsgemäßes Vermögensteuergesetz zu konzipieren, das hohe Vermögen besteuern könnte. Auch die Reform der Erbschaftsteuer wird nicht angepackt. So als würden sie im Geld schwimmen!! Wer glaubt

angesichts solcher Gestaltungsmöglichkeiten noch daran, dass wirklich kein Geld da sei? Nein, das Konzept ist ein anderes! Wir sollen daran gewöhnt werden, dass staatliche Leistungen nicht mehr finanzierbar sind. Dann sollen Privatunternehmen diese Leistungen übernehmen. Und dann sollen die Bürger für diese Leistungen bezahlen. Diese Entwicklung macht auch vor dem Bildungsbereich nicht halt. Die Studiengebühren sind nur der Anfang. Dass Lehrkräfte ihre eigene Fortbildung bezahlen sollen, ist auch so ein kleiner Schritt. Es wird damit enden, dass nur noch die Grundbildung staatlich finanziert wird und alles andere Privatsache ist.

Was hier geschieht, liebe Kolleginnen und Kollegen, nenne ich Enteignung. Bildung ist ein öffentliches Gut und keine Ware. Der Anspruch eines jeden Menschen, an Bildung Teil zu haben, ist Bestandteil des Volksvermögens. Wenn man diesen Anspruch kippt und das Geld in die Taschen weniger privater Großkonzerne umleitet, ist das Diebstahl am Volksvermögen. Da nutzen auch die Krokodilstränen nichts, die die Politiker vergießen, wenn sie über die junge Generation reden, der man keine Schulden hinterlassen dürfe. Wir befinden uns in einem der größten Enteignungsprozesse der deutschen Geschichte. Das müssen wir verhindern!

Rede am 27. April 2006  
Marianne Friemelt



Studierende führen eine Protestvorlesung gegen die Studiengebühren am Wohnort des Ministerpräsidenten durch. Im Bild: Rainer Roth, der die Zusammenhänge von Studiengebühren und ALG II und Hartz darstellt. Eschborn 15. 6. 2006

ein Sanierungsprogramm für Schulgebäude aufgelegt werden, sagen wir, von einer halben Milliarde Euro.

Damit könnten marode Dächer, Fenster und Toilettenanlagen saniert werden, energiesparende Heizungen installiert werden, Schimmel und andere gesundheits-schädliche Stoffe ausgeräumt wer-

so schick sein wie eine der großen Banken!

Was aber hat die schwarz-grüne Mehrheit in ihren Koalitionsverhandlungen beschlossen? Die Gewerbesteuer soll gesenkt werden! Die Gewerbesteuer, die sowieso nur von 12 % der Betriebe in dieser Stadt bezahlt wird! Der Großbetriebe, versteht sich! Man will

## Im Zangengriff von Stadt und Land

Diese Kundgebung hier und heute hat einen guten Grund:

Das Stadtparlament und insbesondere die künftigen Regierungsparteien sollen von Anfang an wissen, dass wir in den nächsten 5 Jahren nicht passiv zuschauen werden, wenn weiter an der Bildung gespart wird und wenn Bildungseinrichtungen zu Konkurrenzunternehmen gemacht werden, die sich einen Wettlauf um das leichteste Schülermaterial und die niedrigsten Kosten liefern sollen.

„Wir GRÜNE wollen starke und verlässliche Schulen“ so das grüne Wahlprogramm.

Heißt das, dass schwache Schulen geschlossen werden?

Frankfurt hat mit der Schließung eines Gymnasiums, zweier Beruflicher Schulen und unzähliger Förderstufen durch ein grünes Dezernat und eine schwarze Landesregierung bereits eine erhebliche Rationalisierungswelle durchgezogen.

„Privatisierungen in Bereichen, die der Daseinsvorsorge dienen, lehnen wir GRÜNE strikt ab“ ein weiteres Zitat aus dem Wahlprogramm.

Immerhin sind die Grünen mitverantwortlich für die Privatisierung der Schulreinigung, der städtischen Küchenbetriebe, für PPP-Projekte und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse im Ganztagsbereich.

Und der neue Koalitionspartner CDU will noch einen Schritt weitergehen, er will „kommunale Aufgaben nach Möglichkeit privatisieren“.

Wir haben deshalb allen Grund, dem Abbau kommunaler Aufgaben durch weitere Privatisierungen wie des Drake-Geländes, einer weiteren privaten Grund-



Wiesbaden 28. 6. 2006

schule und einer privaten Abendhaupt- und -realschule entgegenzutreten.

Die geplante Senkung der Gewerbesteuer für die wenigen Großunternehmen wird der Stadt weitere Einnahmen entziehen, die sie für die Bildung dringendst benötigt!

Wer die Gesamtinvestitionen der Stadt in ihre Infrastruktur mit denen in die rund 150 Schulen vergleicht, wird feststellen, dass die Entwicklung der Schulinvestitionen in den letzten 16 Jahre weit hinter den Gesamtinvestitionen zurückgeblieben ist

Wir wollen heute aber auch zeigen, dass wir es nicht hinnehmen, wenn die CDU-geführte Landesregierung unter dem Schlagwort einer sogenannten „Unterrichtsgarantie plus“ einen massiven Angriff auf bisherige Qualitätsstandards an hessischen Schulen fahren will.

Der CDU in Wiesbaden ist es im letzten Schuljahr nur gelungen, mit regulären Lehrkräften einen Versorgungsgrad von 94% zu erreichen – minus den zu vertretenden unvorhergesehenen Unterrichtsausfall. Der große Rest wurde mit Hire-and-fire-Lehrkräften

bedient, die sich in den Ferien beim Arbeitsamt arbeitslos melden mussten.

Zum kommenden Schuljahr sollen Schulleiter im Telefonbuch blättern, um Vertretungskräfte zu suchen, denen sie dann ein Honorar zwischen 20 und 30 Euro zahlen dürfen: Eltern, Studenten, die sich die Studiengebühren verdienen müssen, was auch immer.

Das ist dann die Chance für private Leihunternehmen, mit Billigpersonal einen Fuß in die öffentliche Schule zu bekommen.

Die an der Uni tätige Firma Campuserice hat es bereits ge-

schaft, 12 Leihvertretungskräfte gegen eine hervorragende Gewinnspanne an Frankfurter Schulen unterzubringen.

Staatssekretär Jacobi, der Vertreter von Kultusministerin Wolff will die „Landesverwaltung flächendeckend zu einem „Konzern Land Hessen umbauen“. Was machen Konzerne mit ihrem Personal? Sie bauen es ab, „sie setzen es frei“. Soll das gemeint sein, wenn Schulen demnächst „Kosten und Erlöse“ verbuchen? Dürfen sie dann vermehrt outsourcen? Schüler? Lehrkräfte? Übertrieben?

Hessen ist das erste Bundesland, das eine Universitätsklinik – und damit auch die Freiheit von Forschung und Lehre! – privatisiert hat.

Entlassungen dürfen bis 2010 nicht vorgenommen werden – sagt der Verkaufsvertrag, sagt die Landesregierung.

Es hat nur wenige Monate gedauert, zu zeigen, wer das Sagen hat: Gestern hat der neue Betreiber Rhön-Kliniken angekündigt, 1.500 Arbeitsplätze abzubauen.

Wir werden einer Politik des Abbaus staatlicher Leistungen, der Unterwerfung von Bildungseinrichtungen unter das Diktat des Marktes jedenfalls nicht tatenlos zuschauen. Das Bildungswesen ist kein Wirtschaftsbetrieb!

Liebe Kundgebungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die CDU-Landesregierung hat sich selbst mit ihrer Politik schwer ins Unrecht gesetzt; sie merkt es und wird nervös, denn in weniger als 2 Jahren stehen die Landtagswahlen an. Ein Machtwechsel in Wiesbaden reicht uns aber nicht, was wir brauchen ist ein Politikwechsel!

Herbert Storn